

4495 a

Beschluss des Kantonsrates über die Rechnung 2007 des Kantons Zürich

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 8. April 2008 sowie in den Bericht und Antrag der Finanzkommission vom 12. Juni 2008,

beschliesst:

I. Die Staatsrechnung für das Jahr 2007 schliesst ab:

1. Laufende Rechnung

Aufwand Total	(inkl. interne Verrechnungen)	Fr.	11'140'098'856
Ertrag Total	(inkl. interne Verrechnungen)	Fr.	11'578'390'463
	Verrechnungen Fr.		1'265'130'064
Ertragsüberschuss		Fr.	438'291'607

2. Investitionsrechnung

Nettoinvestitionen		Fr.	704'993'855
Finanzierungsüberschuss		Fr.	353'922'959

3. Bilanz per 31. Dezember 2007

Finanzvermögen		Fr.	4'487'133'531
Verwaltungsvermögen		Fr.	7'448'958'693
Fremdkapital		Fr.	8'203'635'292
Verpflichtungen für Spezialfonds		Fr.	1'172'337'309
Eigenkapital		Fr.	2'560'119'621

und wird unter Hinweis auf die nicht bilanzierten Verpflichtungen von Fr. 623'808'751 genehmigt.

II. Die Gewinnverwendung für das Jahr 2007 des Universitätsspitals Zürich (Bildung von Rücklagen im Betrag von Fr. 8'803'000) und des Kantonsspitals Winterthur (Bildung von Rücklagen im Betrag von Fr. 2'743'000) wird genehmigt.

III. Mit der Staatsrechnung für das Jahr 2007 werden Rücklagen im Betrag von Fr. 27'940'000 genehmigt.

IV. Mitteilung an den Regierungsrat.

V. Veröffentlichung im Amtsblatt.

Zürich, 12. Juni 2008

Im Namen der Finanzkommission

Der Präsident: Die Sekretärin:

Hans Frei Evi Didierjean

* Die Finanzkommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Hans Frei, Regensdorf (Präsident); Martin Arnold, Oberrieden; Julia Gerber Rüegg, Wädenswil; Raphael Golta, Zürich; Brigitta Leiser-Burri, Regensdorf; Thomas Maier, Dübendorf; Jakob Schneebeil, Affoltern; Natalie Vieli-Platzer, Zürich; Rolf Walther, Zürich; Katharina Weibel, Seuzach; Hansueli Züllig, Zürich; Sekretärin: Evi Didierjean.

I. Bericht der Finanzkommission zur Rechnung 2007

1. Überblick Rechnung 2007

Die Finanzkommission hat die Staatsrechnung des Kantons Zürich für das Jahr 2007, bestehend aus

1. der Verwaltungsrechnung,
 2. der Bestandesrechnung,
 3. der Rechnung der unselbstständigen staatlichen Unternehmungen,
 4. der Rechnung der selbstständigen staatlichen Unternehmungen,
 5. der Rechnung der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und
 6. der Rechnung der Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit,
- geprüft.

Die von der Finanzkommission durchgeführte Prüfung beschränkt sich auf Plausibilitätsabklärungen und politische Gewichtungen. Die materielle Prüfung der Staatsrechnung erfolgt durch die Finanzkontrolle.

Die Laufende Rechnung 2007 weist einen Ertragsüberschuss von 438 Mio. Franken auf. Gegenüber dem Budget 2007, das mit einem Aufwandüberschuss von 287 Mio. Franken rechnete, bedeutet das eine Saldoverbesserung um 726 Mio. Franken. Davon entfallen 193 Mio. Franken auf den Aufwand und 533 Mio. Franken auf den Ertrag. Alle Direktionen schliessen besser ab als budgetiert. Die Verschlechterung bei Regierungsrat und Staatskanzlei ist dadurch bedingt, dass erwartete Verbesserungen von 30 Mio. Franken aus dem Sanierungsprogramm MH06 gesamthaft dort budgetiert worden sind. Realisiert werden sie aber in den betroffenen Direktionen.

Mit 461 Mio. Franken gehen rund zwei Drittel der gesamten Verbesserung auf das Konto der Finanzdirektion. Die Erträge aus den direkten Bundessteuern liegen um 160 Mio. Franken oder um 30% deutlich über dem Budget. Der Nettostaatssteuerertrag übertrifft das Budget wegen hoher Nachträge für frühere Steuerperioden um 130 Mio. Franken oder um 3%. Die Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank ist um 90 Mio. Franken höher ausgefallen als erwartet. Weitere höhere Kapitalerträge und Buchgewinne aus Liegenschaftsverkäufen bringen eine zusätzliche Verbesserung von über 80 Mio. Franken. Aufwandseitig fielen vor allem die eigenen Beiträge ins Gewicht, die das Budget um 194 Mio. Franken unterschritten. Im Bereich somatische Akutversorgung und Rehabilitation wurde das Budget wegen Taxmehrerträgen um 69 Mio. Franken nicht ausgeschöpft. Im Sozialbereich fielen um 49 Mio. Franken geringere Beiträge an, unter anderem wegen einer unerwartet hohen Rückzahlung der AHV/IV-Ausgleichsstelle auf Grund der Schlussrechnung 2006 und wegen der geringeren Anzahl sozialhilfeabhängiger Asylsuchender.

Gegenüber der Rechnung des Vorjahrs beinhaltet die Laufende Rechnung 2007 eine Verbesserung um 323 Mio. Franken. Die Staatssteuererträge 2007 sind um rund 300 Mio. Franken und die Erträge aus der direkten Bundessteuer um rund 60 Mio. Franken höher ausgefallen als 2006. Der Mehrertrag der Staatssteuern ist vor allem auf die um 252 Mio. Franken höheren Nachträge für frühere Perioden zurückzuführen. Dazu kommt ein Mehrertrag für die laufende Periode von 22 Mio. Franken sowie für die übrigen Positionen von 26 Mio. Franken. Zur Verbesserung haben auch die gegenüber dem Vorjahr um 60 Mio. Franken höhere Gewinnausschüttung der ZKB sowie weitere Kapitalerträge und Buchgewinne aus Liegenschaften beigetragen. Die positive Entwicklung bei der Volkswirtschaftsdirektion bzw. die negative Entwicklung bei der Baudirektion ist auf die Verschiebung des Amtes für Landschaft und Natur zurückzuführen. Die Verschlechterung bei der Bildungsdirektion ist zu ungefähr gleichen Teilen bedingt durch das Volksschulwesen, die Fachhochschulen und die Universität.

Die Nettoinvestitionen betragen 705 Mio. Franken und liegen damit 303 Mio. Franken unter dem Budget, das mit 1'008 Mio. Franken rechnetete. Mit anderen Worten: Das Investitionsbudget wurde nur zu 70% ausgelastet. Alle Direktionen haben per Saldo weniger investiert als budgetiert. Die grössten Abweichungen verzeichnen die Volkswirtschaftsdirektion mit plus 148 Mio. Franken und die Bildungsdirektion mit plus 58 Mio. Franken. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Investitionen um 140 Mio. Franken abgenommen, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass im Vorjahr der Übertrag von Aktien der Flughafen Zürich AG vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen die Rechnung um fast 100 Mio. Franken belastet hat. Damit blieben die Nettoinvestitionen ohne Beteiligungen praktisch auf dem Vorjahresniveau.

Während die Rechnung 2006 einen Finanzierungsfehlbetrag von 80 Mio. Franken enthalten hat, weist die Rechnung 2007 einen Finanzierungsüberschuss von 354 Mio. Franken auf. Der Voranschlag rechnetete mit einer Selbstfinanzierung von 339 Mio. Franken und einem Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen von 34%. Auf Grund des Ertragsüberschusses in der Laufenden Rechnung und der niedrigen Investitionsausgaben stieg die Selbstfinanzierung auf 1'059 Mio. Franken bzw. der Selbstfinanzierungsgrad auf 150%. Die Nettoinvestitionen konnten also vollständig aus den Mitteln der Laufenden Rechnung finanziert werden und es musste kein Fremdkapital aufgenommen werden.

Bestandesrechnung: Im Berichtsjahr ging das Fremdkapital um 712 Mio. Franken auf 8'204 Mio. Franken zurück. Im gleichen Zeitraum nahm das Finanzvermögen um 191 Mio. Franken auf 4'487 Mio. Franken ab. Die finanzpolitisch relevante Verschuldung (Fremdkapital minus Finanzvermögen) verminderte sich gegenüber Ende 2006 um rund eine halbe Milliarde auf 3'717 Mio. Franken. Der Ertragsüberschuss erhöhte das Eigenkapital von 2'137 Mio. Franken um 423 Mio. Franken auf 2'560 Mio. Franken.

Die Finanzkommission beantragt dem Kantonsrat unter Berücksichtigung der folgenden Feststellungen, die Staatsrechnung 2007 zu genehmigen.

2. Feststellungen der Finanzkommission

2.1 Prüfung der Rechnung 2007 durch die Finanzkontrolle

Am 29. Mai 2007 nahm die Finanzkommission Kenntnis vom Bericht der Finanzkontrolle über die Prüfung der Rechnung 2007 vom 19. Mai 2008. Die Finanzkontrolle hat die Buchführung und die Jahresrechnung des Kantons Zürich für das am 31. Dezember 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr auf Grund des Finanzkontrollgesetzes vom 30. Oktober 2000 und der massgebenden gesetzlichen Bestimmungen geprüft. Gemäss Beurteilung der Finanzkontrolle entsprechen die Buchführung und die Rechnung des Kantons Zürich den massgebenden gesetzlichen Bestimmungen.

2.1.1 Ordnungsmässigkeit der Rechnungslegung

Sowohl das geltende Finanzhaushaltsgesetz als auch das neue Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) verlangen, dass die rechnungsrelevanten Daten ordnungsgemäss und nachvollziehbar sind. Zudem beinhalten auch die Schweizer Prüfungsstandards der Treuhandkammer entsprechende Forderungen. Ordnungsmässigkeit bedeutet, dass die für die Rechnungslegung relevanten Informationen und Daten vollständig, richtig und zeitgerecht in den entsprechenden Systemen ausgewiesen und archiviert werden. Im Weiteren sind die Daten so zu verwalten, dass eine sachverständige Person die mit den Daten korrespondierenden

rechnungslegungsrelevanten Prozesse und Aktivitäten nachvollziehen kann. An den Begriff der Ordnungsmässigkeit werden die folgenden Anforderungen gestellt: Vollständigkeit der Daten, Richtigkeit der Daten und Verarbeitungsfunktionen, Zeitgerechtigkeit der Datenverarbeitung, Nachvollziehbarkeit der Daten und Prüfbarkeit der Daten. Auch wenn die Ordnungsmässigkeit der Buchführung und der Rechnungslegung für die Rechnung des Kantons Zürich insgesamt bestätigt werden kann, weist die Finanzkontrolle in ihrem Bericht auf einige Auffälligkeiten und Mängel von geringerer und mittlerer Bedeutung hin, und zwar insbesondere im Bereich Vollständigkeit der Daten bzw. bei den Abgrenzungen. Im Sinne der Stetigkeit sowie aus arbeitsökonomischen Gründen akzeptiert die Finanzkontrolle den Wunsch der Verwaltung, die notwendigen Anpassungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des CRG vorzunehmen. Die Finanzkommission legt Wert darauf, dass die vorhandenen Pendenzen mit der bevorstehenden Umsetzung des neuen Rechnungsmodells erledigt werden.

2.1.2 Internes Kontrollsystem (IKS)

Wie bereits in den Vorjahren macht die Finanzkontrolle wieder auf die Bedeutung eines wirksamen und dokumentierten IKS aufmerksam. Sie betrachtet das nach wie vor fehlende einheitliche und nicht genügend dokumentierte IKS innerhalb der Verwaltung als wesentlichen Mangel. Insbesondere im Zusammenhang mit den künftigen Berichterstattungen zur Rechnung des Kantons Zürich ist der Überwachung der nicht buchhaltungsbasierten Angaben und den dazu erforderlichen Kontrollmechanismen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Nach Auskunft der Finanzkontrolle ist das IKS bei der Rechnungslegung nach IPSAS zwingend erforderlich, aber auch schon unter dem HRM von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die Finanzdirektion kommt im Handbuch Rechnungslegung zu einem analogen Schluss: «Gegenwärtig bestehen keine einheitlichen Grundsätze und Regelungen für ein kantonsweites Internes Kontrollsystem. Die Finanzverwaltung wird gemäss dem in § 39 Rechnungslegungsverordnung (RLV) erteilten Auftrag in Zusammenarbeit mit den Verwaltungseinheiten und unter Einbezug der Finanzkontrolle und der Direktionen zu einem späteren Zeitpunkt verbindliche IKS-Grundsätze erarbeiten. Die Führungsverantwortlichen der Verwaltungseinheiten haben gemäss RLV sicherzustellen, dass die in die Jahresrechnung und die konsolidierte Rechnung einflussenden Informationen vollständig und richtig sind.»

Die Finanzkommission unterstützt die Bestrebungen für ein einheitliches und effektives IKS.

2.2 Rücklagen

Mit der Rechnung 2006 genehmigte der Kantonsrat Rücklagen in der Höhe von 31,8 Mio. Franken, womit sich der Rücklagenbestand per 31. Dezember 2006 auf 81,1 Mio. Franken belief. 2007 wurden lediglich 15,7 Mio. Franken Rücklagen aufgelöst. Wenn der Kantonsrat dem Rücklagenantrag von 27,9 Mio. Franken zustimmt, erhöht sich der Bestand per 31. Dezember 2007 um 12,2 Mio. Franken oder um 15% auf 93,3 Mio. Franken. Darin sind die von der Universität in eigener Kompetenz gebildeten und aufgelösten Rücklagen nicht inbegriffen. Von den 15,7 Mio. Franken aufgelöster Rücklagen wurden dem Personal Einmalzulagen von insgesamt 7,2 Mio. Franken gewährt. Die Finanzkommission erkundigte sich bei der Finanzverwaltung, ob die Rücklagen formal korrekt gebildet wurden und ob die Leistungsgruppen bei den Ausschüttungen an das Personal die Limite 50% der 2006 gebildeten Rücklagen einhielten. Bei der Bildung wichen drei Leistungsgruppen wegen der Rundung auf den nächsten Tausender geringfügig von der Vorgabe ab. Bei den Ausschüttungen an das Personal wurde die 2-Prozent-Limite ebenfalls in drei Fällen überschritten.

Ab der Rechnung 2009 werden neue Bestimmungen für die Rücklagen wirksam. Gemäss der für die Budgetierung auf den 1. April 2008 in Kraft gesetzte Finanzcontrollingverordnung

sind dann keine Einmalzulagen aus Rücklagen an das Personal mehr zulässig. Die Bildung neuer Rücklagen wird neu auf jährlich 2% des Lohnaufwands beschränkt, und auch dies ist nur solange möglich, bis der Bestand 5% des Lohnaufwands erreicht. Von dieser Regelung wären 2007 rund 20 Leistungsgruppen betroffen gewesen. Die Finanzkommission erkundigte sich, ob die betreffenden Leistungsgruppen beabsichtigen, bereits 2008 mit dem Bestand zurückzufahren bzw. weniger Rücklagen bilden. Nach Auskunft der Finanzdirektion können die betroffenen Leistungsgruppen im Jahr 2010 zulasten der Rechnung 2009 keine neuen Rücklagen bilden, wenn die Obergrenze überschritten ist. Es besteht aber kein Zwang, den Bestand dann sofort auf die Obergrenze von 5% herunterzufahren. Die betroffenen Leistungsgruppen werden sich daher wohl geeignete Massnahmen überlegen, um den Bestand zu verringern. Es liegen der Finanzdirektion aber keine Informationen vor, dass beabsichtigt wäre, 2008 und 2009 in erheblichem Ausmass Rücklagen aufzulösen.

Wie bereits in früheren Jahren gab die Verwendung von Rücklagen für die Anschaffung eines ZVV-BonusPasses für die Mitarbeitenden der Baudirektion zu reden. Die Frage, ob ein solcher Beitrag aus den Rücklagen nicht Lohncharakter habe und den Richtlinien für die Verwendung der Rücklagen widerspreche, wurde von der Baudirektion mit folgender Begründung verneint: «Als Lohn im Sinne der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz gilt der Grundlohn zuzüglich ständige Zahlungen mit Lohncharakter. Der ZVV-BonusPass als Sondervergütung fällt nicht unter diese Definition. Zudem weist diese Zahlung auch keinen ständigen Charakter auf, da jedes Jahr neu darüber entschieden und verfügt wird.» Die Finanzkommission ist der Meinung, die Verwendung der Rücklagen müsse in der ganzen Verwaltung ausgewogen sein. Beim ZVV-BonusPass, von dem nur die Mitarbeitenden der Baudirektion profitieren können, ist das nicht der Fall. Das Thema Rücklagen muss im Zusammenhang mit der Umsetzung des CRG angegangen werden.

2.3 Rotationsgewinne 2007

Die Frage der Finanzkommission nach der Höhe der Rotationsgewinne pro Direktion und nach dem für Beförderungen eingesetzten Anteil wurde wie folgt beantwortet: Im Jahr 2007 hat der Regierungsrat Rotationsgewinne im Umfang von 0,2% der Lohnsumme für Beförderungen freigegeben. Die Methodik zur Berechnung der Rotationsgewinne wird vom Personalamt in Zusammenarbeit mit den Direktionen verfeinert und standardisiert. Es ist geplant, noch vor den Sommerferien einen Regierungsratsbeschluss zur Berechnungsmethodik und zu den Ergebnissen der Rotationsgewinne 2005 bis 2007 zu erstellen. Der Finanzkommission ist zugesichert worden, dass sie nach Vorliegen dieses Beschlusses informiert wird.

2.4 BVK

Im Zusammenhang mit der Prüfung der Rechnung der BVK liess sich die Finanzkommission über den Stand der Verselbstständigung informieren. Im Berichtsjahr wurden wichtige Etappenziele für die Überführung der BVK von einer unselbstständigen Anstalt des öffentlichen Rechts in eine privatrechtliche Stiftung erreicht: Inkraftsetzung des Verselbstständigungsgesetzes für die Versicherungskasse für das Staatspersonal auf den 1. Mai 2007 und Genehmigung der Stiftungsurkunde durch den Kantonsrat im November 2007. Aufgrund dieser Rechtsgrundlagen konnten Regierungsrat und BVK die weiteren für die Verselbstständigung nötigen Schritte vorbereiten, sodass bei Erreichen des geforderten Deckungsgrads die Überführung in eine privatrechtliche Stiftung umgesetzt werden kann. Während im Gesetz über die Verselbstständigung der Versicherungskasse in § 7 festgehalten wird, die Übertragung dürfe nur zu einem Zeitpunkt erfolgen, in welchem der Deckungsgrad der Versicherungskasse aus eigenen Mitteln mindestens 100% betrage, hat der Regierungsrat festgelegt, dass die Ver-

selbstständigkeit erst bei einem Deckungsgrad von 110% vollzogen werden solle. Im Jahr 2007 wurde das Ziel der Voldeckung bei einem Deckungsgrad von 100,73% zwar wiederum erreicht, der für die Verselbstständigung geforderte Deckungsgrad aber verfehlt.

3. Würdigung

Der Rechnungsabschluss 2007 mit einem Ertragsüberschuss anstelle eines budgetierten Aufwandüberschusses ist erfreulich. Positiv zu würdigen ist auch, dass der mittelfristige Haushaltsausgleich für die vergangenen acht Jahre 2000 bis 2007 mit einem Überschuss von 1,6 Mrd. Franken erreicht wird. Der gleich hohe Überschuss ergibt sich für die Jahre 2004 bis 2011 unter Einbezug der Finanzplanzahlen vom letzten Herbst. Nach wie vor ist die Budgetierung der Investitionen zu hinterfragen. Für die Finanzkommission sind die Differenzen zwischen den budgetierten und den realisierten Beträgen unverständlich. Bei den Strassen und übrigen Tiefbauten wurden 611 Mio. Franken budgetiert und 503 Mio. Franken ausgegeben. Im Hochbau stehen den geplanten 295 Mio. Franken Investitionsausgaben von 226 Mio. Franken gegenüber. Ähnlich präsentiert sich die Situation bei den Investitionen in Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge, wo von den vorgesehenen 82 Mio. Franken nur gerade 47 Mio. Franken realisiert wurden. Nach Meinung der Finanzkommission hat sich die Investitionsplanung an den Realitäten und nicht an Wunschvorstellungen zu orientieren.

Finanzkommission

Der Präsident:

Hans Frei

Die Sekretärin:

Evi Didierjean

II. Bericht der Finanzkommission über ihre Tätigkeit vom Juni 2007 bis Juni 2008

1. Einleitung

Nach § 49 a Abs. 1 überwacht die Finanzkommission die Haushaltsführung der staatlichen Verwaltung und der Justizverwaltung nach Massgabe des Finanzhaushaltsgesetzes. Sie prüft in Koordination mit den zuständigen Kommissionen die Auswirkungen der mittelfristigen Planung, Budget, Nachtragskredite und Jahresrechnung, die Vorlage zur Festsetzung des Staatssteuerfusses sowie weitere ihr zugewiesene Geschäfte.

In Abs. 2 ist festgehalten, dass jede Kommission, die ein Geschäft mit erheblichen finanziellen Auswirkungen oder ein Globalbudget berät, die Finanzkommission über das Ergebnis ihrer Beratungen informiert.

Die am 4. Juni 2007 neu gewählte Finanzkommission nahm ihre Tätigkeit am 14. Juni 2007 auf. Im Berichtsjahr (bis 12. Juni 2008) traf sie sich zu 28 Sitzungen.

2. Periodisch wiederkehrende Aufgaben

In der Berichtsperiode hat die Finanzkommission folgende Vorlagen beraten und dazu Antrag gestellt:

- Budget 2008 des Kantons Zürich, 4439b
- Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2008 und 2009, 4438a
- Nachtragskredite für das Jahr 2007, II. Serie, 4431
- Rechnung 2007 des Kantons Zürich, 4495a

Budget, Steuerfuss und Nachtragskredite genehmigte der Rat entsprechend den Anträgen der Finanzkommission. Die Rechnung 2007 wird vom Rat erst nach der Verabschiedung des Tätigkeitsberichts in der Kommission beraten.

In der Berichtsperiode hat die Finanzkommission folgende Vorlagen und Berichte diskutiert und zur Kenntnis genommen:

- Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2008 bis 2011 (KEF 2008) des Kantons Zürich, 4439
- Verwaltungsrechnung 2007, Zwischenberichterstattung II, Stand 10. September, mit Stichtagbilanz 31. August 2007 (RRB 1570 vom 24. Oktober 2007)
- Verwaltungsrechnung 2008, Zwischenberichterstattung I, Stand 10. Mai 2008, mit Stichtagbilanz 30. April 2008 (RRB vom 4. Juni 2008)
- Semesterberichterstattung 1/2007 der Finanzkontrolle vom 16. Oktober 2007
- Semesterberichterstattung 2/2007 der Finanzkontrolle vom 19. März 2008
- Bericht der Finanzkontrolle über die Prüfung der Rechnung des Kantons Zürich 2007
- Bericht der Finanzkontrolle über ihre Tätigkeit im Jahr 2007

3. KEF-Erklärungen

Die Finanzkommission hat vom neuen Instrument Gebrauch gemacht und drei KEF-Erklärungen zu folgenden Themen eingereicht, die vom Rat an den Regierungsrat überwiesen wurden:

- Aufzeigen von verschiedenen Szenarien im Finanzplan
- Transparenz bei den Ausgaben für Dienstleistungen Dritter
- Neuer Indikator für IT-Kosten

Wie dem Bericht des Regierungsrates zu den Erklärungen des Kantonsrates zum KEF 2009 bis 2012 (RRB Nr. 626 vom 23. April 2008) zu entnehmen ist, werden die drei Erklärungen der Finanzkommission im KEF 2009 bis 2012 umgesetzt.

4. Lotteriefondsgeschäfte

Den Antrag des Regierungsrates für einen Rahmenkredit zugunsten der Ausland- und Inlandhilfe 2007 bis 2010 aus dem Lotteriefonds, Vorlage 4415, unterstützte die Finanzkommission einstimmig. Der Rat folgte diesem Beschluss mit 165:1 Stimme.

Beim Beitrag zugunsten der Stadt Zürich für das Projekt «UEFA EURO 2008», Vorlage 4440, gaben in der Finanzkommission vor allem die 3 Mio. Franken des Kantons an die Aufwendungen für Infrastruktur und Durchführung der Rahmenprogramme in der Fan Zone und Fan Meile zu reden. Klare Meinung der Finanzkommission war, dass der Beitrag aus dem Lotteriefonds vor allem der öffentlich zugänglichen Fan Meile und nicht der Fan Zone, wo die Marketingeinnahmen der UEFA fliessen, zugute kommen soll. Eine Kommissionsminderung fand, der Beitrag entspreche nicht der Zweckbestimmung des Lotteriefonds. Die Finanzkommission stimmte der Vorlage mit 7:1 Stimme zu. Wie bereits in der Kommission, machte sich auch im Rat eine gewisse Ablehnung bemerkbar, wie das Resultat von 96 Ja zu 56 Nein bei 6 Enthaltungen zeigte.

Beitragsleistungen an die Fachstelle Kultur und die Kantonale Denkmalpflege sowie über Betriebsbeiträge aus dem Lotteriefonds: Mit der Vorlage 4460 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat, die Richtlinien für die Vergabepaxis von Geldern aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Fachstelle Kultur und der Abteilung Archäologie und Denkmalpflege so zu ändern, dass neu diese beiden Stellen Lotteriegelder auch als Betriebsbeiträge einsetzen können. Der Regimewechsel stiess in der Finanzkommission auf Skepsis. Neben grundsätzlichen Bedenken gegenüber Betriebsbeiträgen aus dem Lotteriefonds wurde die Befürchtung laut, wenn eine Institution Betriebsbeiträge erhalte, gehe der Lotteriefonds bzw. der Kanton faktisch eine neue Verpflichtung ein, aus der er nicht mehr die Möglichkeit habe auszusteigen. In der Folge erkundigte sich die Finanzkommission beim Regierungsrat, ob eine zeitliche Begrenzung des Beschlussdispositivs möglich sei, damit der Kantonsrat nach Ablauf dieser Frist die Praxis überprüfen und bei verändertem Mittelfluss im Lotteriefonds reagieren könne. Nachdem Antwort war, eine zeitliche Begrenzung sei möglich, nahm die Finanzkommission folgende Ergänzung ins Dispositiv auf: «Die Gewährung von Betriebsbeiträgen mit Geldern aus dem Lotteriefonds ist bis 2016 befristet. Der Kantonsrat beschliesst bis Ende 2014 auf der Grundlage eines Wirksamkeitsberichtes des Regierungsrates und aufgrund der Fondsfinanzen über eine allfällige Verlängerung des Kantonsratsbeschlusses.» Da damit der Automatismus gebrochen wird, stimmte die Finanzkommission der so ergänzten Vorlage mit 10:0 Stimmen zu. Der Entscheid des Rates ist noch ausstehend.

5. Geschäfte mit erheblichen finanziellen Auswirkungen

Der Kredit für den Mieterausbau betreffend das Toni-Areal für die Zürcher Hochschule der Künste sowie für Teile der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Vorlage 4477, wurde von drei kantonsrätlichen Kommissionen vorberaten. Federführende Kommission war die KBIK. Für die baulichen Fragen war die KPB zuständig. Die Finanzkommission befasste sich mit dem Mietvertrag, den Investitionen für Mieterausbau und Mieterausstattung sowie dem Vorkaufrecht. Sie erstellte zu diesen Themenbereichen einen umfassenden Fra-

genkatalog, den sie sich von ZKB und Immobilienamt beantworten liess. Die kommissionsinternen Beratungen sind beim Abschluss des Tätigkeitsberichts noch im Gang.

6. Weitere der Finanzkommission zugewiesene Vorlagen

Genehmigung der Stiftungsurkunde der Stiftung «BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich», Vorlage 4410: Ein Thema, das die Finanzkommission, insbesondere mit Blick auf den Deckungsgrad, im Lauf der Beratungen vertieft anschaute, war die Bewertung der BVK-Liegenschaften. Sie hörte dazu die Finanzkontrolle an. Bezüglich Schätzung der BVK-Liegenschaften und Anforderungen an die Experten gibt es ein Reglement der Finanzdirektion (25. Juli 1995). Darin ist festgehalten, dass Experten eingesetzt werden, welche die Liegenschaften nach allgemein anerkannten Schätzungsmethoden per Bilanzstichtag bewerten. Nach Auskunft des Leiters der Finanzkontrolle leisten die Experten seriöse Arbeit. Die Finanzkommission hat zur Kenntnis genommen, dass man unabhängige Experten einsetzt und dass Kantag und Finanzkontrolle die Bewertungen anschauen. In der Schlussabstimmung stimmten 8 Mitglieder der Vorlage zu. 3 Kommissionsmitglieder lehnten sie vor allem wegen des Deckungsgrads ab, verzichteten aber auf einen Minderheitsantrag. Der Rat folgte dem Kommissionsantrag mit 119:49 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Rechnungslegungsverordnung (RLV): Gestützt auf das Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) wurden dem Kantonsrat die §§ 3 bis 5 der RLV zur Genehmigung vorgelegt, die als Regelwerk für die Rechnungslegung des Kantons Zürich den Standard IPSAS bestimmen. Angesichts der Komplexität der Materie liess sich die Finanzkommission von Prof. Andreas Bergmann, Institut für Verwaltungsmanagement ZHAW, über die Rechnungslegung nach IPSAS informieren. Nach intensiven Diskussionen stimmte die Finanzkommission der RLV einstimmig zu. Der Rat folgte dem Antrag von Regierungsrat und Finanzkommission mit 98:73 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

7. Weitere Tätigkeiten

Übernahme der Swiss durch die Lufthansa: Wie bereits im Vorjahr liess sich die Finanzkommission auch in diesem Berichtsjahr zweimal über den Verlauf der Verkaufstransaktion informieren.

Mit der Auszahlung des Besserungsscheins an die früheren Grossaktionäre, unter anderem an den Kanton Zürich, ist die Übernahme der Swiss durch die Lufthansa abgeschlossen. Die Höhe der Zahlung hing von der Entwicklung der Lufthansa-Aktie im Vergleich mit einem Referenzkorb von Airline-Aktien ab (British Airways, Air France-KLM und Iberia). Je besser die Lufthansa-Aktie im Quervergleich zu diesem Aktienkorb zwischen dem 21. März 2005 (ein Tag vor der Bekanntgabe der Übernahme der Swiss durch die Lufthansa) und dem 20. März 2008 abschneidet (so genannte «Outperformance»), desto höher fällt die Rückzahlung aus. Am 31. Oktober 2007 lag die «Outperformance» der Lufthansa-Aktie erstmals im positiven Bereich. Damals hätte die Auszahlung der Lufthansa an die früheren Grossaktionäre rund 23 Mio. Franken betragen, wovon 2,5 Mio. Franken an den Kanton Zürich gegangen wären. Da sich die Performance der Lufthansa-Aktie nicht zuletzt dank der Swiss in den Folgemonaten im Vergleich zu den Referenzwerten aus der Luftfahrtbranche verbessert hatte, flossen den Grossaktionären Ende März 2008 269 Mio. Franken zu, wovon der Kanton Zürich aufgrund seines Anteils am Besserungsschein 31,8 Mio. Franken erhielt.

Im Rahmen der Vorberatung von Budget und KEF erkundigte sich die Finanzkommission im vergangenen Herbst nach den nicht standardisierten IT-Projekten (Software und/oder Hard-

ware) und deren Kosten. Bei der Beantwortung beschränkte man sich auf die drei standardisierten Bereiche Netzwerk (LEUnet), Groupware (Lotus Notes) und Rechnungswesen (SAP) und nannte die Abweichungen, die auch hier noch vorkommen. Zum nicht standardisierten Bereich, der rund 85% ausmacht, wurden keine Begründungen geliefert. Da die Antwort die Finanzkommission nicht befriedigte, beschloss sie, den Bereich IT einmal ausserhalb der Budgetberatung vertieft anzuschauen. Zu diesem Zweck hörte sie am 10. April 2008 eine Vertretung des kantonalen IT-Teams an. Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, wurden zur Information auch die Mitglieder der GPK-Subkommission «EDV-Projekte/IT-Strategie» eingeladen. Im Anschluss an die Präsentation wurde beschlossen, die GPK-Subkommission mit vier Mitgliedern der Finanzkommission zu erweitern. Diese erweiterte Arbeitsgruppe wird die Thematik analysieren und die entsprechenden Schlüsse ziehen sowie festlegen, in welchen Bereichen die FIKO bzw. die GPK vertieft tätig werden.

Im Weiteren liess sich die Finanzkommission vom kantonalen Steueramt über die Steuererleichterungen für neu eröffnete Unternehmungen (§ 15 und § 62 Steuergesetz) informieren. Anlass für diese Anhörung war ein Artikel in der NZZ vom 19. Oktober 2007, in dem die fehlende Information über die Auswirkungen der Steuererleichterungen beanstandet wurde. Aufgrund der Ausführungen der Finanzdirektorin und der Vertreter der Steueramtes kam die Finanzkommission zum Schluss, bei der Gewährung von Steuererleichterung werde seriös gearbeitet, ein Handlungsbedarf seitens der FIKO bestehe nicht.

8. Schlusswort des Präsidenten

Erneuerungen sind Herausforderungen. Unter diesem Gesichtspunkt befasste sich die Finanzkommission in der abgelaufenen Berichtsperiode mit zwei Besonderheiten.

Mit der losgelösten Beratung des Entwicklungs- und Finanzplanes von der Budgetdebatte konnten aus unserer Kommission gezielte Anträge erarbeitet und erfolgreich eingebracht werden. Die intensive Auseinandersetzung mit der neuen Rechnungslegung bildete eine weitere Herausforderung. Die Kommission prüfte dieses Geschäft vertieft. Beförderlich konnten wir diese Entwicklungsschritte einer periodengerechten, zukünftigen Rechnungslegung in die Wege leiten.

Mit zahlreichen Sachvorlagen und der Behandlung von Querschnittsaufgaben, die in der Tiefe ausgeleuchtet wurden, konnten Erkenntnisse in ihrer Wirkung und Qualität überprüft werden. Am Beispiel der IT-Kosten wurden Massnahmen eingeleitet, um unumgängliche Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten.

Ich danke der Kommission für die konstruktive und beförderliche Zusammenarbeit, die kritische und differenzierte Würdigung der Sachgeschäfte. Mit klaren Signalen aus der Finanzkommission konnte auf die finanzpolitische Entwicklung Einfluss genommen werden. Einen besonderen Dank gilt unserer umsichtigen und fachkundigen Kommissionssekretärin Evi Didierjean, die unsere Geschäfte mit grosser Fachkenntnis und Fingerspitzengefühl begleitet. In den Dank eingeschlossen ist die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle, den verschiedenen Direktionen, im Besonderen mit der Finanzdirektion, die unsere Aufsichtstätigkeit mit Einblick in das umfangreiche Zahlenmaterial durchwegs unterstützt.

Finanzkommission

Der Präsident:

Hans Frei

Die Sekretärin:

Evi Didierjean

III. Berichte der Justizkommission und der Sachkommissionen zur Rechnung 2007

1. Justizkommission

Die Justizkommission hat die Rechnung 2007 der kantonalen Rechtspflege an ihren Sitzungen vom 22. April 2008 und 6. Mai 2008 behandelt. Das Obergericht, das Notariatsinspektorat, das Kassationsgericht, das Verwaltungsgericht und das Sozialversicherungsgericht haben ihre Rechnungsabschlüsse der Kommission vorgestellt und erläutert.

Zu den einzelnen Globalrechnungen sind folgende Bemerkungen anzubringen:

1.1 Obergericht und angegliederte Gerichte (9030)

Die Rechnung des Obergerichts weist gegenüber dem Budget eine Saldoverbesserung um über 0,6 Mio. Franken aus. Diese ist einerseits auf einen höheren Ertrag zurückzuführen, der durch die Auflösung von Rückstellungen sowie einen höheren Gebührenertrag durch handelsgerichtliche Verfahren mit hohen Streitwerten entstand. Andererseits konnte der Aufwand gesenkt werden, indem Einsparungen im IT-Bereich sowie bei den Besoldungen durch Rotationsgewinne und vorübergehende Vakanzen erreicht wurden.

1.2 Bezirksgerichte (9040)

Die Bezirksgerichte weisen eine Verbesserung des Saldos um über 3,1 Mio. Franken gegenüber dem Budget aus, was einerseits auf den höheren Ertrag zurückzuführen ist. So waren die Erträge aus Geldstrafen und Bussen wie auch aus den Gerichtsgebühren aufgrund höherer Streitwerte höher und das zentrale Inkasso konnte höhere Rückerstattungen verbuchen. Die Aufwandsenkung gründet massgeblich auf der Tatsache, dass auf die mittels Novemberbrief beantragte Budgeterhöhung betreffend Personalaufwand weitgehend verzichtet werden konnte.

Der Aufwand für die Zahlungen des Staates für Rechtsvertretungen in Zivilsachen hat seit dem Jahr 2003 um 50%, für amtliche Verteidigung in Strafsachen um 22% zugenommen.

Die Investitionsrechnung schliesst um 3,7 Mio. Franken besser ab, was hauptsächlich am durch Beschwerden verzögerten Umbau des Bezirksgerichts Bülach liegt.

1.3 Notariate/Grundbuch- und Konkursämter (9060)

Gegenüber dem Budget zeigt sich eine Saldoverbesserung um fast 16 Mio. Franken. Dies ist auf den höheren Ertrag im Notariats- (+ 4 Mio. Franken) und insbesondere im Grundbuchbereich (+ 10,8 Mio. Franken) zurückzuführen. Grund dafür sind die gestiegene Geschäftslast und die höheren Immobilienpreise.

1.4 Kassationsgericht (9061)

Die Rechnung des Kassationsgerichts weist gegenüber dem Budget eine Saldoverbesserung um knapp 1,6 Mio. Franken aus. Der Ertrag hat sich aufgrund der höheren Gebührenerträge infolge gewichtiger Fälle verdoppelt. Der Aufwand konnte um fast 1 Mio. Franken gesenkt werden. Dies konnte insbesondere durch die von der Justizkommission angeregte und vom Kantonsrat per Juli 2007 beschlossene Reduktion der Richterstellen von 14 auf 10 und die

Reduktion des Pensums der einzelnen Mitglieder von 31% auf 25% erreicht werden. Diese Reduktion war angezeigt, da aufgrund der auf Anfang 2005 in Kraft getretenen Revision der Strafprozessordnung die Anzahl Straffälle stark zurückging.

1.5 Landwirtschaftsgericht (9062)

Die Nettokosten des Landwirtschaftsgerichts betragen im Jahr 2007 5'812 Franken.

1.6 Verwaltungsgericht (9063)

Die Rechnung des Verwaltungsgerichts weist gegenüber dem Budget eine Saldoverbesserung um knapp 0,4 Mio. Franken aus. Der Aufwand konnte durch Einsparungen beim Personal und der EDV gesenkt werden.

1.7 Sozialversicherungsgericht (9064)

Die Rechnung des Sozialversicherungsgerichts weist gegenüber dem Budget eine Saldoverbesserung um über 1,3 Mio. Franken aus. Der Ertrag konnte durch die Einführung der Kostenpflicht im IV-Verfahren erhöht werden. Der Aufwand lag wegen Personalabgängen und zeitweilig unbesetzten Stellen tiefer.

Die Justizkommission beantragt dem Kantonsrat, die genannten Globalrechnungen 2007 zu genehmigen.

Justizkommission

Der Präsident: Der Sekretär:

Hans Egloff Emanuel Brügger

2. Kommission für Staat und Gemeinden

Die Kommission behandelte die ihr zugewiesenen Leistungsgruppen der Rechnung 2007 im Plenum. Für einzelne Fragen standen die zuständigen Stellen der Verwaltung zur Verfügung. Zusätzlich wurden schriftliche Auskünfte eingeholt.

Die Rechnung 2007 ist insgesamt positiv ausgefallen. Der Voranschlag 2007 wurde in fast allen Ämtern nicht voll ausgeschöpft, was zur entsprechenden Bildung von Rücklagen führt.

2.1 Direktion Justiz und Inneres

Die Leistungsgruppen der Direktion für Justiz und Inneres, für welche die STGK zuständig ist, verfügen mit Ausnahme des Finanz- und Lastenausgleichs über relativ bescheidene Mittel. Die wesentlichste Abweichung von 9,2 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag ergab sich beim schwierig zu budgetierenden Finanz- und Lastenausgleich (2215). Es waren weniger Steuerfussausgleichsbeiträge auszurichten als geplant, während gleichzeitig mehr Rückerstattungen von Finanzausgleichsbeiträgen verbucht werden konnten.

2.1.1 Gemeindeamt (2207)

Der Kostendeckungsbeitrag Einbürgerungen liegt mit 162% zwar etwas tiefer als im Vorjahr (199%), aber immer noch deutlich über Budget (138%). Der Kostendeckungsgrad lag höher als budgetiert, weil mit gleichem Personalbestand und bei gleichen Kostenansätzen deutlich mehr Einbürgerungsanträge bearbeitet wurden als veranschlagt. Nachdem die Kostenansätze im Jahr 2006 bereits gesenkt wurden, müsste man den Kostendeckungsgrad über eine leichte Erhöhung des Personalbestandes reduzieren, sollte die Zahl der Gesuche weiterhin so hoch bleiben. Damit könnte auch die relativ lange Bearbeitungszeit der Gesuche verkürzt werden.

2.1.2 Statistisches Amt (2223)

Der Kostendeckungsgrad für kundenspezifische Dienstleistungen konnte nach Angabe des Amtes infolge interner Umstrukturierungen für das Jahr 2007 nicht ausgewiesen werden. Auf Anregung der STGK soll er im folgenden Jahr wieder aufgenommen werden.

2.2 Finanzdirektion

Die Leistungsgruppen der Finanzdirektion lassen sich in zwei Gruppen aufteilen, in Ämter und in finanzielle Leistungsgruppen. Die meist kleinen Ämter schliessen gesamthaft um 6,4 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Die finanziell bedeutenden Abweichungen haben sich aber in den finanziellen Leistungsgruppen ergeben.

2.2.1 Generalsekretariat (4000)

Die bedeutenden Abweichungen sowohl gegenüber der Rechnung des Vorjahres wie auch gegenüber Budget waren kaum vorhersehbar. Sie setzen sich zusammen aus Ertragsverbesserungen infolge von Erbschaftsfällen und höheren Salzregalien sowie tieferen Versicherungsprämien auf der Aufwandseite.

2.2.2 Liegenschaftenverwaltung (4200)

Diese Leistungsgruppe befindet sich durch den Wegfall der Betreuung der Liegenschaften der BVK, die ein eigenes Real Asset Management aufbaut, im Umbruch. Deshalb wurde eine geplante Personalaufstockung nicht vollzogen, sondern der Personalbestand hat sich im Gegenteil um zwei Stellen reduziert, die nicht ersetzt wurden. Die Liegenschaftenverwaltung wird ab dem Jahr 2008 in die Baudirektion überführt.

2.2.3 Personalamt (4500)

Die STGK nimmt bedauernd zur Kenntnis, dass nicht alle Ausbildungsplätze durch Lernende besetzt werden konnten. Dieser Umstand ist vor allem auf die Neuausrichtung der Informatik-Ausbildung zurückzuführen. Die Anzahl der Informatik-Ausbildungsplätze in der kantonalen Verwaltung sollte ab dem Jahr 2007 schrittweise erhöht und die Informatik-Ausbildung beim Personalamt zentral organisiert werden, was sich allerdings nur schätzungsweise budgetieren liess. Im Jahr 2007 konnten 7 zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden, ab dem Jahr 2008 sollen 9 weitere eingerichtet werden, was die vermehrte Kooperation der Direktionen voraussetzt. Die Mehrzahl der zum Lehrbeginn 2007 rekrutierten Lernenden hat das erste Lehrjahr in einem Basislehrjahr absolviert, in welchem ein tieferer Lohn als budgetiert ausbezahlt wurde. Diese beiden Umstände haben dazu geführt, dass der Lohnaufwand in diesem Segment um 200'000 Franken tiefer lag als veranschlagt.

2.2.4 Kapital- und Zinsendienst Staat (4930)

Die höhere Gewinnausschüttung der ZKB (+60 Mio.), der höhere Zinsertrag (+21 Mio.) und der tiefere Zinsaufwand (+6 Mio.) im Vergleich zur Rechnung 2006 ergeben zusammengezählt fast die ganze Abweichung dieser Leistungsgruppe von 92,7 Mio. Franken. Die beiden ersten Positionen zusammen mit tieferen Kapitalbeschaffungskosten sind auch fast ausschliesslich für die Abweichung von rund 157 Mio. Franken gegenüber Budget ausschlaggebend.

2.2.5 Liegenschaftenerfolg (4940)

Hauptsächlich infolge einer erst für das Jahr 2008 geplanten Veräusserung einer Baulandparzelle, die einen Buchgewinn von 32 Mio. Franken brachte, schliesst diese Leistungsgruppe mit 42,5 Mio. Franken besser ab als im Vorjahr. Zusammen mit der Liegenschaftenverwaltung wird diese Leistungsgruppe ab dem Jahr 2008 in der Baudirektion ausgewiesen.

Die Angaben in den einzelnen Globalrechnungen sowie die ergänzenden mündlichen und schriftlichen Auskünfte der beiden Direktionen befriedigten den Informationsbedarf der STGK. Sie beantragt deshalb, alle Rechnungspositionen inkl. der Rücklagen zu genehmigen.

Kommission für Staat und Gemeinden
Die Präsidentin: Die Sekretärin:
Katharina Kull-Benz Jacqueline Wegmann

3. Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit hat die ihr zugewiesenen Bereiche der Rechnung 2007 an ihren Sitzungen vom 24. April und 8. Mai 2008 behandelt. Sowohl die Direktion der Justiz und des Innern als auch die Sicherheitsdirektion haben ihre Rechnungsabschlüsse der Kommission vorgestellt und erläutert.

3.1 Direktion der Justiz und des Innern

3.1.1 Einleitende Bemerkungen

Der Direktionsabschluss insgesamt weist in der Laufenden Rechnung gegenüber dem Budget eine Saldoverbesserung von 26,1 Mio. Franken auf, davon entfallen 11,3 Mio. Franken auf Mehreinnahmen, vor allem aus Bussen und Geldstrafen sowie Kostgeldern. Der Personalaufwand liegt um 4,3 Mio. Franken tiefer.

3.1.2 Zu den einzelnen Positionen

Zu den einzelnen Positionen – deren Abschlüsse zu Erläuterungen und Diskussionen Anlass gaben – wird wie folgt Bericht erstattet:

3.1.2.1 Strafverfolgung Erwachsene (2204)

Die Rechnung weist gegenüber dem Budget eine Saldoverbesserung um 10,4 Mio. Franken auf. Dies ist insbesondere auf die bereits erwähnten Mehreinnahmen im Bereich der Bussen und Geldstrafen aufgrund des neuen Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches zurückzuführen. Der Personal- und Sachaufwand konnte gesenkt werden.

3.1.2.2 Jugendstrafrechtspflege (2205)

Hier ist eine Saldoverschlechterung um 3,5 Mio. Franken festzustellen, was massgeblich durch höhere Massnahmen- und Strafvollzugskosten zu erklären ist.

3.1.2.3 Amt für Justizvollzug (2206)

Die Rechnung weist gegenüber dem Budget eine Saldoverbesserung um 6,8 Mio. Franken auf. Der Ertrag aus Kostgeldern stieg und der Sachaufwand sank vor allem dank tieferer Straf- und Massnahmevollzugskosten

3.1.2.4 Steuerrekurskommissionen (2263)

Bei den Steuerrekurskommissionen liegt der Ertrag um 29% tiefer als budgetiert, was massgeblich auf den geringen durchschnittlichen Streitwert pro Fall und dementsprechend geringe Gebühreneinnahmen zurückzuführen ist.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Kommission dem Kantonsrat, es sei die Rechnung 2007 der Direktion der Justiz und des Innern bezüglich der Konten 2204, 2205, 2206, 2221, 2232, 2262 und 2263 zu genehmigen.

3.2 Sicherheitsdirektion

3.2.1 Einleitende Bemerkungen

Der Direktionsabschluss weist gegenüber dem Budget in der Laufenden Rechnung eine Saldoverbesserung um 65,6 Mio. Franken aus. Mit Ausnahme des Kontos 3000 Generalsekretariat Zentrale Vollzugsaufgaben schliessen alle Konten mit einer Saldoverbesserung ab.

3.2.2 Zu den einzelnen Positionen

Zu den einzelnen Positionen – deren Abschlüsse zu Erläuterungen und Diskussionen Anlass gaben – wird wie folgt Bericht erstattet:

3.2.2.1 Generalsekretariat Zentrale Vollzugsaufgaben (3000)

Die Saldoverschlechterung von über 1,9 Mio. Franken ist auf den gesunkenen Ertrag infolge geringerer Nachfrage nach Ausweisen im Passbüro zurückzuführen.

3.2.2.2 Kantonspolizei (3100)

Die Kantonspolizei weist gegenüber dem Budget eine Saldoverbesserung um knapp 2,7 Mio. Franken aus. Der Ertrag liegt dank mehr Sicherheitsmassnahmen am Flughafen, die von der Unique abgegolten werden, höher. Die Erträge aus Bussen, die fast ausschliesslich aus Ordnungsbussen im Strassenverkehr stammen, liegen leicht unter Vorjahresniveau mit knapp 20,2 Mio. Franken

3.2.2.3 Migrationsamt (3300)

Das Migrationsamt konnte seinen Ertrag um über 2 Mio. Franken durch Zunahme der Anzahl Bewilligungen und ausgestellter Reisepapiere erhöhen.

3.2.2.4 Statthalterämter (3600)

Ertrag und Aufwand weichen lediglich je 2% positiv vom Budget ab. Die Abschreibungen von Bussen belaufen sich auf rund 6,4 Mio. Franken. Rund 60% der von der Bussenumwandlung betroffenen Schuldner bezahlten die ausstehenden Bussen beim Vollzugszentrum Urdorf, bei rund 40% wird Haft vollzogen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Kommission dem Kantonsrat, es sei die Rechnung 2007 der Sicherheitsdirektion bezüglich der Konten 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3600 und 3910 zu genehmigen.

Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit
Der Präsident: Der Sekretär:
Christoph Holenstein Emanuel Brügger

4. Kommission für Wirtschaft und Abgaben

4.1 Finanzdirektion

4.1.1 Steuern Betriebsteil (4400)

Das Kantonale Steueramt schliesst die Rechnung 2007 gegenüber dem Globalbudget mit einer Verbesserung von 3,2 Mio. Franken ab. Der Mehrertrag von 500'000 Franken ist auf höhere Entschädigungen für interkommunale Steuerauscheidungen und auf steigende Rückerstattungsbeiträge bei den Betriebskosten für die Bundessteuern zurückzuführen. Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Budget um 200'000 Franken leicht angestiegen, während das Budget im Bereich Informatik mit 21,5 Mio. um 2 Mio. Franken unterschritten wurde. Hauptgrund für diese Verbesserung sind tiefere Kostenverrechnungen, die durchgesetzt werden konnten. Bei den Mieten und Nebenkosten mussten 10,1 Mio. Franken eingesetzt werden, statt 8,9 Mio. gemäss Budget. Dieser Anstieg ist auf Doppelmieten zurückzuführen, die jedoch im November 07 ausgelaufen sind.

Massive Minderausgaben resultierten bei den IT-Investitionen, wo nur 12,2 statt 24,3 Mio. Franken ausgegeben worden sind. Zurückzuführen ist dies auf die Rückstellung einiger Realisierungseinheiten des Projekts ZÜRI PRIMO.

4.1.2 Steuererträge (4910)

Die Steuereinnahmen betragen gesamthaft 5,626 Mrd. Franken, während der Voranschlag netto von 5,376 Mrd. Franken ausgegangen war. Im Vergleich zum Budget resultierte damit ein Mehrertrag von 250 Mio. Franken, während die Zunahme im Vergleich zur Rechnung 2006 337 Mio. Franken ausmacht. Für die laufende Steuerperiode waren Einnahmen von 3,999 Mrd. Franken budgetiert, was um 188 Mio. nicht erreicht wurde. Im Gegensatz dazu konnte jedoch bei den Steuernachträgen statt der budgetierten 484 Mio. Franken ein Ertrag von 774 Mio. Franken erzielt werden.

Die WAK nimmt von den ergänzenden mündlichen und schriftlichen Informationen der Finanzdirektion in zustimmendem Sinne Kenntnis, beantragt die Zustimmung zu den Positionen 4400 und 4910 sowie zur beantragten Rücklagenbildung von 600'000 Franken in der Leistungsgruppe 4400 – Steuern Betriebsteil.

4.2 Volkswirtschaftsdirektion

4.2.1 Generalsekretariat (5000)

Der budgetierte Aufwandüberschuss von 26,3 Mio. Franken wurde um gut 1,7 Mio. Franken unterschritten. Im Generalsekretariat wurden im Jahr 2007 Rücklagen im Betrag von 32'381 Franken aufgelöst und von 60'000 Franken neu gebildet. Der Bestand per 31.12.2007 beträgt somit 105'571 Franken.

4.2.2 Amt für Wirtschaft und Arbeit (5300)

Der Saldo von rund 35 Mio. Franken resultiert aus einem Aufwand von 115 Mio. Franken und einem Ertrag von 80 Mio. Franken. Die Rechnung des AWA schliesst gegenüber dem vom Kantonsrat bewilligten Budget um rund 9,6 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Davon entfallen rund 7,2 Mio. Franken auf Personalkosten, da der budgetierte Stellenplan im Durchschnitt um 62,9 Stellen nicht ausgeschöpft wurde, dies durch die stärkere Abnahme der Stellensuchenden gegenüber Budget. Aus gleichem Grund reduzierten sich sämtliche Aufwandpositionen im Vollzug AVIG. Im Gegenzug dazu reduzierten sich auch die Rückvergütung des seco für den AVIG-Vollzug.

Beim AWA sind im Jahr 2007 Rücklagen im Betrag von 141'300 Franken aufgelöst und von 300'000 Franken Ende 2007 neu gebildet worden. Der Bestand per 31.12.2007 beträgt 1'916'292 (1'757'592) Franken.

Die Nettoinvestitionen des AWA fielen insgesamt um 5,2 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Einerseits verzögerte sich die Auslieferung der neuen EDV (Projekt Client 07, 2,3 Mio. Franken), andererseits erfolgte ein höherer Rückfluss von gewährten Wohnbauförderungsdarlehen (2,9 Mio. Franken).

4.2.3 Arbeitslosenkasse (9200)

Die WAK nimmt von den ergänzenden mündlichen und schriftlichen Informationen der Volkswirtschaftsdirektion in zustimmendem Sinne Kenntnis. Sie beantragt die Zustimmung zu den Positionen 5000, 5300, 9200 sowie zur beantragten Bildung von Rücklagen: 60'000 Franken (Leistungsgruppe 5000) bzw. 300'000 Franken (Leistungsgruppe 5300).

4.3 Baudirektion

4.3.1 Amt für Landschaft und Natur (8800)

Der Ertrag der Laufenden Rechnung liegt 6,7 Mio. über dem Budget, während beim Aufwand eine Abweichung von 4,3 Mio. zu verzeichnen ist. Die einzelnen Positionen sind wie folgt zu begründen:

- Geringere Beiträge in den Bereichen Landwirtschaft, Wald und Naturschutz (+1,3 Mio.)
- Geringere Kapitalfolgekosten (Abschreibungen und Zinsen) infolge geringerer Investitionen im Vorjahr (+0,5 Mio.)
- Höhere EDV-Kosten (-0,8 Mio.)
- Höhere ALN-interne, saldoneutrale Verrechnungen (-0,5 Mio.)
- Bildung von Rücklagen (-0,5 Mio.) und Rückstellungen] (-0,4 Mio.)
- Höherer Übertrag in den Wildschadenfonds (-0,3 Mio.)
- Höhere durchlaufende Beiträge (-3,1 Mio.)

Die Hauptgründe für die höheren Investitionseinnahmen (+3,7 Mio.) liegen einerseits in der Rückerstattung des Kraftwerks Eglisau und andererseits in einem Investitionsbeitrag des Bundes für den Waldkauf der Thurauen (+4,6 Mio.).

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben nimmt von den ergänzenden mündlichen und schriftlichen Informationen der Baudirektion in zustimmendem Sinne Kenntnis. Sie beantragt die Zustimmung zu den Positionen 8800, 8970 und 8980 sowie zur beantragten Rücklagenbildung von 500'000 Franken in der Leistungsgruppe 8800 – Amt für Landschaft und Natur.

Die Kommission dankt Verantwortlichen und Personal von Bau-, Finanz- und Volkswirtschaftsdirektion für den grossen Einsatz zu Gunsten der Öffentlichkeit.

Kommission für Wirtschaft und Abgaben

Die Präsidentin: Der Sekretär:

Regula Götsch Neukom Roland Brunner

5. Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

5.1 Allgemeines

5.1.1 Kantonales Sozialamt

Die Jahresrechnung 2007 des kantonalen Sozialamtes schliesst in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 908,9 Mio. Franken ab. Die Rechnung schloss damit gegenüber dem Voranschlag 07 um 54 Mio. Franken besser ab als vorgesehen.

In der Investitionsrechnung beträgt die Nettobelastung 8,1 Mio. Franken und liegt damit 3,7 Mio. Franken unter dem Planwert.

Die KSSG stimmt der Jahresrechnung des kantonalen Sozialamtes zu.

5.1.2 Gesundheitsdirektion

Der Gesamtsaldo der Gesundheitsdirektion schliesst um 105,2 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Am markantesten sind die Verbesserungen in den Leistungsgruppen 6300 (67,8 Mio. Fr.), 6400 (25,3 Mio. Fr.) und 6700 (10,2 Mio. Fr.) ausgefallen. Aufgrund der Verselbständigung von USZ und KSW per 1.1.2007 erfolgte der Übergang zur Saldodarstellung für die beiden Institutionen, was zu einer saldoneutralen Reduktion von je 800 Mio. Franken bei Aufwand und Ertrag führte.

Der Investitionskredit von 152,7 Mio. Franken wurde um 17,3 Mio. Franken unterschritten. Begründet wird dies mit dem Asbestfund im USZ, der zur vorübergehenden Einstellung der Bauarbeiten geführt hatte. Betroffen von dieser Massnahme waren im USZ insbesondere die Sanierung des Bettenhauses Ost I-III, Brandschutzmassnahmen und die Erneuerung der Radio-Onkologie.

Die KSSG stimmt der Jahresrechnung der Gesundheitsdirektion zu.

5.2. Rücklagen; Beurteilung der einzelnen Rücklagen gemäss § 9 Globalbudgetverordnung aus der Sicht der Kommission

In folgenden Leistungsgruppen und Amtsstellen wurden Rücklagen aufgelöst beziehungsweise gebildet:

Amt	aufgelöste Rücklagen (2007)	neu gebildete Rücklagen (2007)
3500 Kantonales Sozialamt	50'508	70'000
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	41'204	200'000
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	69'290	170'000
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	193'010	352'000
6400 Psychiatrische Versorgung	2'145'445	366'000

Der Rücklagenbestand aller Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion betrug Ende 2006 8,3 Mio. Franken. Im letzten Jahr wurden Rücklagen in der Höhe von rund 2 Mio. Franken aufgelöst, wobei 0,9 Mio. Franken zugunsten des Personals und 1,1 Mio. Franken für Sachaufwendungen verwendet wurden. Ebenfalls zu Lasten der Rücklagen verrechnet wurden die Budgetabweichungen der psychiatrischen Kliniken Hard und ipw (0,4 Mio. Fr.). Neu gebildet wurden Rücklagen in der Höhe von knapp 1,1 Mio. Franken, so dass der Totalbestand per Ende 2007 6,9 Mio. Franken betrug.

Amt	Rücklagen	Bemerkungen
3500 Kantonales Sozialamt	70'000	Zustimmung
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	200'000	Zustimmung
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	170'000	Zustimmung
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	352'000	Zustimmung
6400 Psychiatrische Versorgung	366'000	Zustimmung

5.3 Gewinnverwendung USZ und KSW

Erstmals ist die Gewinnverwendung von USZ und KSW durch den Kantonsrat zu genehmigen. Gemäss USZG und KSWG werden Gewinne entweder für das Spital verwendet, den Rücklagen zugewiesen oder dem Staat zugeführt. Beide Spitalräte beantragen die Zuweisung ihrer Gewinne in die Rücklagen.

Die KSSG stimmt den vorliegenden Anträgen zu und honoriert damit die gute Leistung aller Beteiligten in beiden Institutionen.

	aufgelöste Rücklagen (2007)	neu gebildete Rücklagen (2007)	Bemerkungen
9510 USZ	2'049'834	8'803'000	Zustimmung
9520 KSW	1'219'944	2'743'000	Zustimmung

5.4 Bemerkungen zu einzelnen Ämtern, Leistungsgruppen und verselbstständigten Betrieben

5.4.1 Kantonales Sozialamt (3500)

Beim Aufwand betrug die Differenz zum Budget rund 65 Mio. Franken, der Ertrag lag rund 11 Mio. Franken unter Budget. Verursacht wurden diese Differenzen durch:

- Ertrag: tiefere durchlaufende Bundesbeiträge im Asylbereich (-6 Mio.) und geringere Aufwendungen für wirtschaftliche Hilfe (-4 Mio.)
- Aufwand: Beiträge an die Sozialversicherungen des Bundes (unerwartete Rückerstattung für das Rechnungsjahr 2006) (-30 Mio.)
- Aufwand: tiefere Beiträge im Asylbereich (-13 Mio.), für wirtschaftliche Hilfe (-10 Mio.), für soziale Einrichtungen (-7 Mio.) und für Zusatzleistungen zu AHV/IV (-5 Mio.).

Vergleicht man die Rechnungen der Jahre 2006 und 2007 miteinander, so stellt man fest, dass sich der Aufwandüberschuss um eine Million verringert hat.

Im Vergleich zur Rechnung 06 sind die Investitionen von -4,2 Mio. auf -8,1 Mio. angestiegen. Dieser Anstieg um 3,9 Mio. Franken ist auf die Investitionsbeiträge für die sozialen Einrichtungen zurückzuführen. Der Vergleich mit dem Budget 07 zeigt, dass die Nettoinvestitionen um 3,7 Mio. tiefer liegen. Dies ist einerseits auf verzögerte Baufortschritte zurückzuführen und andererseits, weil keine Investitionen für Asylbewerber (Eglisau) getätigt wurden.

5.4.2 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation (6300)

Die grösste Leistungsgruppe innerhalb der Gesundheitsdirektion umfasst alle akutsomatischen Spitäler und Rehabilitationskliniken. In der Rechnung 07 resultierte eine Saldoverbesserung um 67,9 Mio. (11,4%), die vor allem auf Verbesserungen im Tarifbereich zurückzuführen ist, wo 70,6 Mio. Franken in Form von Taxemehrträgen anfielen. Eine zusätzliche Verbesserung

von 43,0 Mio. Franken brachte nachhaltige Produktivitätsverbesserungen und der Wegfall des budgetierten Mehraufwands aus der KVG-Revision. Bedeutende Verschlechterungen im Rechnungsjahr 2007:

- Mehraufwand für medizinischen Bedarf (+15,1 Mio.)
- Rücklagenbildung (+11,9 Mio.)
- Personalteuerung infolge des Beschlusses des Regierungsrats vom Dezember 06 (+9,1 Mio.)

5.4.3 Psychiatrische Versorgung (6400)

Die Leistungsgruppe 6400 weist in der Rechnung 2007 eine Saldoverbesserung um 25,3 Mio. (11%) auf.

Bedeutende Verbesserungen:

- Höhere Taxerträge (+10,2 Mio.)
- Entlastung aus Spitalisten-Streichung Klinik Hohenegg (+6 Mio.)
- Anlagennutzung (+4,6 Mio.)

5.4.4 Beiträge an Krankenkassenprämien (6700)

Anstelle der bei der Budgetierung angenommenen Steigerung erfolgte eine leichte Abnahme der Beiträge von 256 auf 239 Mio. Franken. Dieser geringere Aufwand wurde allerdings auch bei den Bundessubventionen angerechnet, welche um 9,6 Mio. Franken tiefer ausgefallen sind als budgetiert. Damit wurde noch zum letzten Mal nach dem alten Mechanismus abgerechnet, denn mit der Einführung des NFA hängen die Bundesbeiträge nicht vom Aufwand des Kantons ab. Künftig wird diese Leistung als Pauschale ausgerichtet.

5.4.5 Universitätsspital (9510)

Das Universitätsspital schliesst die Rechnung 07 mit einer Saldoverbesserung von 8,8 Mio. Franken ab, was von der KSSG positiv beurteilt wird. Der direkte Vergleich zwischen dem USZ und anderen Spitalern im Kanton Zürich ist aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenzuweisung nur beschränkt möglich. Mehr Transparenz wird in Zukunft ein Benchmarking auf gesamtschweizerischer Ebene schaffen, weil auf diese Weise die Leistungen der verschiedenen Universitätskliniken besser sichtbar werden.

Die Kommission stellt fest, dass das vorliegende Zahlenmaterial nur eine summarische Überprüfung der Rechnung ermöglicht hat. Sie wird diesbezüglich in den kommenden Monaten mit den Verantwortlichen des USZ und der Gesundheitsdirektion das Gespräch suchen.

5.4.6 Kantonsspital Winterthur (9520)

Die Jahresrechnung des Kantonsspitals Winterthur weist eine Saldoverbesserung von 2,7 Mio. Franken auf und ist daher ebenfalls als erfreulich zu bezeichnen.

Die KSSG würde es begrüßen, wenn die verselbstständigten Spitäler die Darstellung ihrer Jahresrechnung auf branchenüblichen Lösungen (z.B. Darstellung gemäss Kontenplan H+) ausrichten könnten und nicht die internen Vorgaben des Kantons übernehmen müssen, welche ihren betrieblichen Abläufen nicht entsprechen.

5.5 Schlussbemerkungen

Für die Rechnungsabnahme der kommenden Jahre soll zwischen KSSG und USZ/KSW in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsdirektion Form und Umfang des abzugebenden und präsentierenden Zahlenmaterials sowie ein betrieblicher Vergleich von Rechnung, Vorjahresrechnung und Budget festgelegt werden.

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit nimmt von den ergänzenden mündlichen und schriftlichen Informationen der beiden Direktionen in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Sie dankt Verantwortlichen und Personal des kantonalen Sozialamtes, der Gesundheitsdirektion und der verselbstständigten Spitäler für den grossen Einsatz zu Gunsten der Öffentlichkeit.

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

Der Präsident:

Der Sekretär:

Urs Lauffer

Andreas Schlagmüller

6. Kommission für Bildung und Kultur

Die KBIK hat die Jahresrechnung 2007 der Bildungsdirektion in Subgruppen und die der kantonalen Fachstelle für Kultur im Plenum behandelt.

6.1 Allgemeines

6.1.1 Fachstelle Kultur

Die Fachstelle Kultur schliesst die Laufende Rechnung mit einem gegenüber dem Vorschlag um 114'000 Franken verbesserten Saldo ab. Den im Vergleich zum Vorschlag höheren Ausgaben von 4,1 Mio. Franken steht ein Mehrertrag von 4,2 Mio. Franken gegenüber, wobei ein Teil dieser Positionen rechnungsneutral ist, weil sie nicht ausgeschöpfte Kredite aus dem Lotteriefonds und den Finanzausgleich betreffen. Die für das Jahr 2007 vorgesehenen Projekte des Opernhauses, die erst im Jahr 2008 umgesetzt werden können, betreffen Personalausgaben. Die Löhne der Musiker des Opernhauses und der Tonhalle der Stadt Zürich sollen sich im Gleichschritt entwickeln. Die Lohnverhandlungen dauerten länger als geplant, was zum Teil auf die Zusammenarbeit mit der Stadt zurückzuführen ist, die ihren Beschluss erst im laufenden Jahr gefällig hat. Es wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

6.1.2 Bildungsdirektion

Insgesamt schliesst die Jahresrechnung 2007 der Bildungsdirektion um rund 51 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Fast alle Leistungsgruppen haben dazu beigetragen. Das gute Ergebnis ist unter anderem auf einen um 17 Mio. Franken tieferen Personalaufwand zurückzuführen. Verzögerungen bei Projekten schlagen mit 15 Mio. Franken zu Buche. Da die Investitionen wegen dieser Verzögerungen und infolge von Kapazitätsengpässen 33% unter dem Vorschlag liegen (117 Mio. anstelle der veranschlagten 175 Mio.), reduzieren sich auch die Abschreibungen. Den positiven Einflüssen steht ein Mehraufwand im Bereich der Stütz- und Förderausgaben gegenüber. Der Kanton wurde gerichtlich zu Nachzahlungen an die Städte Zürich und Winterthur verpflichtet. Im Weiteren benötigte der Bereich Sonderschulheime 11 Mio. Franken mehr als geplant.

Die vergleichsweise tiefe Ausschöpfung der Investitionskredite ist im Wesentlichen auf drei Faktoren zurückzuführen. Das Sanierungsprogramm MH06 und die damit verbundenen Investitionskürzungen greifen. Die Projektverzögerungen sind teilweise auf die knappen Personalkapazitäten vor allem im Berufsschulbereich zurückzuführen, wobei es dank einer Aufstockung um eine halbe Stelle in absehbarer Zeit zu einer Entlastung kommen sollte. Ausserdem sind wegen des neu geschaffenen Immobilienamtes neue Abläufe und Prozesse entstanden, die ebenfalls zu gewissen Verzögerungen in den Projektabwicklungen führten.

6.2 Rücklagen

Als einzige Leistungsgruppe der Bildungsdirektion beantragt die Universität die Bildung von freien Rücklagen in der Höhe von 5,4 Mio. Franken. Die endogen verursachten Saldoabweichungen der Leistungsgruppe 9600 betragen insgesamt 14,9 Mio. Franken. Sie sind gegenüber der zuständigen Subkommission im Detail begründet worden, womit die beantragte Bildung von freien Rücklagen gerechtfertigt ist. Die KBIK beantragt deshalb die Zustimmung zur Bildung dieser Rücklagen bei der Universität.

Infolge des neuen CRG und der Finanzcontrollingverordnung wird auch das Finanzreglement der Universität überarbeitet. Dabei wird zu klären sein, welche Funktion die freien Rücklagen, die zukünftig als Eigenkapital und nicht mehr als Fremdkapital gelten, erhalten sollen. Die Diskussion dreht sich insbesondere darum, ob selbständigen Anstalten ein gewisses Eigenkapital zugestanden werden soll und ob die Rücklagen als «Gewinn» zu einer Reserve ausgebaut werden sollen, mit denen Schwankungen des Rechnungsabschlusses beim Staatsbeitrag ausgeglichen werden können.

6.3 Weitere Bemerkungen

6.3.1 Bildungsverwaltung (7000)

Diese Leistungsgruppe schliesst mit 6,7 Mio. Franken besser ab als budgetiert, doch der Saldo steigt gegenüber der Rechnung des Vorjahres um rund 4 Mio. Franken an. Die Hauptgründe für die Verbesserung gegenüber Budget liegen bei Verzögerungen bei den Projekten zur Umsetzung des Volksschulgesetzes, vor allem dem verzögerten Aufbau der Fachstelle für die Schulbeurteilung und der aufgeschobenen Lehrerweiterbildung, sowie dem Abschluss des Projektes zur Reform der Berufe im Gesundheitswesen und der Aufhebung der Fachstellen und Büro- und Schulräumen beim Mittelschul- und Berufsbildungsamt. Die Zunahme bei den Rekursen ist auf eine Verordnungsänderung zurückzuführen; ausserdem werden Rekurse häufiger dazu benutzt, bei einer Nicht-Promotion einen Aufschub zu erwirken. Hinzu kommen Einsparungen beim Personalaufwand infolge verzögerter Wiederbesetzung von Personalstellen und geringerer Sachaufwand, vor allem in der Informatik.

6.3.2 Lehrmittelverlag (7100)

Das Jahresergebnis liegt mit einem Gewinn von 3,2 Mio. Franken leicht unter dem budgetierten Wert von 3,3 Mio. Franken. Der Aufwand erhöhte sich aufgrund steigender Entwicklungskosten vor allem für neue Lehrwerke in den Fachbereichen Sprachen, Mensch und Umwelt und Mathematik um 4%, doch die Mehrkosten konnten durch eine Umsatzsteigerung annähernd kompensiert werden. Im Vergleich zur Rechnung des Vorjahres konnte der Ertrag um 7% gesteigert werden. Der Lehrmittelverlag hat im Berichtsjahr drei neue Lehrmittel und die Jubiläumsschrift zum 175 Jahre-Jubiläum der Zürcher Volksschule herausgegeben.

6.3.3 Volksschulamt (7200)

Der Saldo liegt um 7,3 Mio. Franken oder 1,8% über Budget. Dafür sind hauptsächlich zwei Gründe zu erwähnen. Zum einen fielen Staatsbeitrags-Nachzahlungen von 4,6 Mio. Franken an die Städte Zürich und Winterthur an, die diese gerichtlich im Rahmen eines Rekurses gegen eine San04-Massnahme (San04.217, Reduktion der Staatsbeiträge an Gemeinden um 7,5 Mio. Franken im Bereich des Stütz- und Förderunterrichts) erstritten hatten. Zum anderen lagen die Staatsbeiträge an die sonderschulischen Institutionen deutlich über dem Budgetwert, welcher vom Amt für Jugend und Berufsberatung übernommen wurde. Allerdings hängt diese Abweichung mit einem neuen Finanzierungsmodell zusammen, welches im Jahr 2007 erstmals galt. In der Investitionsrechnung fielen statt der budgetierten 12,9 Mio. Franken nur 5,6 Mio. Franken an Beiträgen für Schulhausbauten von Gemeinden an. Auf deren Bauabrechnungsgesuche hat das Volksschulamt keinen Einfluss. Zu prüfen ist, ob der Indikator «durchschnittliche Klassengrösse» durch einen aussagekräftigeren Indikator «Schülerzahl/VZE» ersetzt werden sollte.

6.3.4 Mittelschulen (7301)

Die Verbesserung des Saldos gegenüber Budget um 12,2 Mio. Franken ist auf verschiedene Verschiebungen innerhalb von Aufwand und Ertrag zurückzuführen, vor allem aber auf verzögerte Investitionsvorhaben und die Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen, beispielsweise für den Abbau von Stundenkonti. Die Schülerzahlen sind leicht ansteigend.

6.3.5 Schulen im Gesundheitswesen (7302)

Die Konzentration der Ausbildungsprogramme in zwei Zentren führt insgesamt zu einer Reduktion des Saldos um 4,1 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr resp. 5 Mio. Franken gegenüber Budget. Obwohl die Hälfte der Lernenden und Studierenden an einer kantonalen Schule unterrichtet werden, sinkt der Personalaufwand um 2,7 Mio. Franken. Dies ist durch die Überführung verschiedener Bildungsgänge an die ZHAW sowie an die Fachhochschule Bern zu erklären. Insgesamt blieb die Zahl der Lernenden bzw. Studierenden unter den prognostizierten Zahlen. Ein Grund dafür sind auch die fehlenden Ausbildungsplätze für Fachangestellte Gesundheit. Die optimale Auslastung der Zentren werde erst im Jahr 2010 erwartet.

6.3.6 Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen (7303)

Diese Leistungsgruppe schliesst um 22,4 Mio. Franken besser ab als budgetiert, was hauptsächlich auf die verzögerte Umsetzung des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes zurückzuführen ist. Eine Ertragsverbesserung erfolgt vor allem dank Mehreinnahmen von anderen Kantonen für ausserkantonale Schüler. Verschiedene bauliche Projekte konnten wegen personeller Engpässe nicht planmässig realisiert werden, woraus sich die Differenz von 13,3 Mio. Franken zum Voranschlag erklärt.

6.3.7 Universität Zürich (7401, 7402, 7403, 9600)

Die Rechnung 2007 schliesst mit einem Staatsbeitrag, der um rund 20 Mio. Franken höher ist als in der Rechnung des Vorjahres. Dieser Anstieg ist eine Folge der steigenden Studierendenzahl und der damit einhergehenden steigenden Zahl der Professuren, der Mittelbaustellen und der Privatdozierenden und Lehrbeauftragten, sowie der Bewilligung zusätzlicher Mittel für strategische Projekte wie universitäre Forschungsschwerpunkte und die Umsetzung der Bologna-Reform. Der Universität ist es aber auch gelungen, die Zahl der durch Drittmittel finanzierten Projekte zu steigern. Weitere Verbesserungen bzw. Entlastungen ergeben sich aus Mehrleistungen der dienstleistungsorientierten Institute und in der Weiterbildung. Auch diese Leistungsgruppe verzeichnet Verzögerungen bei Bauvorhaben, zum Beispiel bei der 5. Bauetappe des Projekts Universität Irchel.

In Bezug auf die Bildung von Rücklagen wird auf Abschnitt 6.2 verwiesen.

6.3.8 Zürcher Fachhochschule (7406, 7407, 9700)

Aufgrund der Konzentration auf drei Zürcher Fachhochschulen per 1. Januar 2007 lässt sich diese Rechnung nur bedingt mit den Vorjahreszahlen vergleichen. Es sind vor allem zwei Fakten zu vermerken. Die Zahl der Zürcher Studierenden steigt an, vor allem im Bereich Wirtschaft, während sie bei der PHZH sinkt. Die Zahl der Zürcher Studierenden an ausserkantonalen Fachhochschulen steigt, weshalb höhere Beiträge an diese Kantone zu entrichten

sind, gleichzeitig steigt aber auch die Zahl auswärtiger Studierender an Zürcher Fachhochschulen. Im Hinblick auf die Standort-Konzentration wurden verschiedene kleinere Projekte zurückgestellt, womit auch die Investitionskredite nicht ganz ausgeschöpft wurden.

6.3.9 Jugend und Familienhilfe (7501)

Die Saldoverbesserung gegenüber Budget von 9,5 Mio. Franken setzt sich fast hälftig aus diversen Ertragsverbesserungen und Aufwandminderungen zusammen. Auf der Aufwandseite fallen insbesondere die tieferen Staatsbeiträge für ausserkantonale stationäre Platzierungen von Kindern und Jugendlichen ins Gewicht. Bei den innerkantonalen Institutionen kamen neue Finanzierungsrichtlinien zur Anwendung, was die Budgetierung erschwerte. Auf der Ertragsseite fallen Mehrerträge aus Dienstleistungen der Bezirksjugendsekretariate an. Beim Zentrum für Gehör und Sprache gab es höhere Bundes- bzw. Invalidenversicherungsbeiträge als veranschlagt.

6.4 Schlussbemerkung/Antrag

Die Kommission für Bildung und Kultur dankt der Verwaltung für die informativen Gespräche und die aussagekräftigen Unterlagen. Sie zeigt sich von den Ausführungen der Zuständigen der Verwaltung befriedigt und beantragt die Genehmigung aller Globalrechnungen inkl. der Bildung der Rücklagen bei der Universität.

Kommission für Bildung und Kultur	
Der Präsident	Die Sekretärin:
Samuel Ramseyer	Jacqueline Wegmann

7. Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt

7.1 Allgemeines

Die der Kommission zugewiesenen Rechnungspositionen der Bau- und der Volkswirtschafts-direktion wurden durch Subkommissionen geprüft.

Im Einzelnen schlossen die Erfolgsrechnungen der geprüften Leistungsgruppen der Baudirektion um rund 5 Mio. Franken schlechter ab als budgetiert (AWEL +1,7 Mio. Franken; Altlasten -6,7 Mio. Franken); für die Investitionsrechnungen ergibt sich ein Plus von rund 4,7 Mio. Franken (Tiefbauamt +1,4 Mio. Franken; AWEL +3,3 Mio. Franken).

Die Rechnung 2007 der Volkswirtschaftsdirektion schliesst gegenüber dem VA07 um insgesamt rund 13 Mio. Franken besser ab. Eine grössere Abweichungen im Bereich der KEVU-Positionen verzeichnet die Leistungsgruppe «5200, Amt für Verkehr» mit einer Verbesserung von rund 1,6 Mio. Franken.

Die KEVU erhielt detaillierte Angaben über die Verwendung der Rücklagen und empfiehlt, diese in der beantragten Höhe zu bewilligen.

7.2 Einzelne Positionen

Vorbemerkung: Referenzpunkt für vergleichende Angaben ist stets der VA07.

7.2.1 Baudirektion

7.2.1.1 Tiefbau (8400)

Erfolgsrechnung: Beim Ertrag fallen geringere Betriebsbeiträge des Bundes infolge tieferem baulichem und betrieblichem Nationalstrassenunterhalt an (-29,1 Mio. Franken; vgl. Gegenposition beim Aufwand), der Übertrag aus dem Strassenfonds fällt um 12,3 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Der Aufwand für den baulichen Nationalstrassenunterhalt lag 29,8 Mio. Franken, der betriebliche Staatsstrassenunterhalt 7,4 Mio. Franken unter dem Budget. Die Personalkosten waren 3,8 Mio. Franken tiefer, und der milde Winter brachte einen kleineren Salzverbrauch (2,7 Mio. Franken). Zu tief budgetiert waren die höheren Kapitalkosten auf Liegenschaften (-3,7 Mio. Franken); als Grund wurde der zuständigen Subkommission genannt, dass die Verwaltung gerade einen Tag Zeit hatte, um die Aufteilung TBA/VIS ins Budget einzubringen.

Investitionsrechnung: Auf den Erneuerungsunterhalt der drei Nationalstrassenwerkhöfe wurde verzichtet (+0,5 Mio. Franken), demzufolge fielen auch keine Rückerstattungen des Bundes dafür an (-0,3 Mio. Franken). Der Ausbau des Werkhofes Pfäffikon erfolgte schneller, so dass 2007 nun weniger Investitionskosten anfallen als im Vorjahr (+0,8 Mio. Franken). Die Lieferung von Fahrzeugen verzögerte sich (+0,4 Mio. Franken).

7.2.1.2 AWEL (8500)

Erfolgsrechnung: Bei den Erträgen sind der höhere Ertrag für Dienstleistungen an Dritte (+0,9 Mio. Franken), die Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen (+0,7 Mio. Franken), die höheren Gebührenerträge infolge von vermehrten Baugesuchen (+0,3 Mio. Franken) und die zeitliche Verschiebung der Heimfallverzichtsentschädigung der NOK (-0,9 Mio. Franken) zu nennen. Beim Aufwand ergab sich ein geringerer Sachaufwand nach Rückstellungen (+0,6 Mio. Franken), geringere kalkulatorische Mieten und Mietnebenkosten (+0,5 Mio. Franken),

höhere Kapitalfolgekosten infolge von höheren Nettoinvestitionen im Vorjahr (-0,5 Mio. Franken), dazu kommt die Bildung von Rücklagen, die generell nicht budgetiert wird (-0,4 Mio. Franken).

Investitionsrechnung: Ins Auge fallen die um 3,8 Mio. Franken unter dem Budget liegenden Ausgaben. Dabei geht es vor allem um 7,1 Mio. Franken geringere Investitionen beim Wasserbau; diese Investitionen sind projektabhängig. Die Projektfortschritte wurden der zuständigen Subkommission sauber dokumentiert. Nicht budgetiert war 2007 der Abbruch des Tanklagers in Birmensdorf (-3,5 Mio. Franken), für den Abbruch fiel dann die Carburantschädigung des Bundes an (+1,4 Mio. Franken); der Abbruch war an sich für 2006 vorgesehen und budgetiert. Die Investitionsbeiträge an Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen fielen höher aus als angenommen (-2,0 Mio. Franken; abhängig von Anträgen der Gemeinden). Durchlaufend sind die Beträge des Bundes für Abwasserentsorgungsanlagen (je 1,7 Mio. Franken Einnahmen, resp. Ausgaben).

7.2.1.3 Altlasten (8510)

Um die Sicherung der Liquidität zu gewährleisten, fielen die Betriebsbeiträge an die Sondermülldeponie Kölliken um 8,3 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Dafür kam es zu geringeren Ausfallkosten bei den Altlasten (+1,8 Mio. Franken); das nach Bildung von Rückstellungen über 3,2 Mio. Franken.

7.2.1.4 Fonds für Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen (8950)

Der geringere Aufwand auf verschiedenen Sachkontengruppen erlaubte eine höhere Einlage in das Bestandeskonto (0,4 Mio. Franken). Der Fondsbestand belief sich per Ende 2007 auf 1,2 Mio. Franken.

7.2.1.5 Deponiefonds (8960)

Die höheren Betriebsbeiträge der Deponiebetreiber erlaubte eine höhere Einlage in das Bestandeskonto (0,7 Mio. Franken). Der Fondsbestand belief sich per Ende 2007 auf 14,6 Mio. Franken.

7.2.2 Volkswirtschaftsdirektion

7.2.2.1 Amt für Verkehr (5200)

Nach wie vor resultiert der tiefere Aufwand (+2,074 Mio. Franken) grösstenteils aus der Reorganisation im Verkehrsbereich. Von 17 sind 12,5 Stellen besetzt (+0,65 Mio. Franken; die Rekrutierung von geeignetem Fachpersonal im Verkehrsbereich gestaltet sich schwierig), der Sachaufwand ist wegen weniger Projektaufträgen reduziert (+1,132 Mio. Franken), dazu kommen geringere interne Verrechnungen wegen tieferer Eigenmieten und weniger Flughafenleistungen des Generalsekretariats der VD. Auf der Aufwandseite ist der Flugverkehr (Personal und Sachaufwand) nach wie vor der dominante Anteil: Weniger Aufwand gegenüber der Spitze von 2006 mit ZFI u.a.; aber Mehrbelastung durch SIL-Prozess. Beim Gesamtverkehr belasteten 2007 der Abschluss des Agglomerationsprogramms und die Planung der Ringbahn Hardwald die Rechnung. Auf der Ertragsseite fallen gegenüber der Rechnung 2006 wegen tieferem Aufwand geringere Vergütungen aus dem Flughafenfonds an.

Es wurden der Subkommission Eventualverpflichtungen/Guthaben vorgelegt, deren Beanspruchung zwar als unwahrscheinlich eingestuft wird, gemäss neuem CRG (IPSAS) aber auszuweisen sind. Einerseits handelt es sich um Garantieverpflichtungen zur Absicherung der fünften Ausbaustufe des Flughafens Zürich (698 Mio. Franken), andererseits um Vorfinanzierungen von Lärmverbindlichkeiten bei Überschreitung der Schadensgrenze (1,1 Mrd. Franken); beides sind verzinsliche und rückzahlbare Darlehen.

7.2.2.2 Verkehr und Infrastruktur Strasse (5205)

Diese Leistungsgruppe wird durch die Entnahme aus dem Strassenfonds erfolgsneutral geführt. Die Verbesserung von rund 31 Mio. Franken vor Entnahme gegenüber dem Budget vermindert den Übertrag aus dem Strassenfonds. Der grösste Anteil dieser Budgetunterschreitung (25,3 Mio. Franken) resultiert aus der Verschiebung des Projekts Hardbrücke (Beiträge an die Stadt Zürich) und die dadurch zurückbehaltenen Beiträge für die Jahre 2006 und 2007. Beim Sachaufwand wurden für den Staatsstrassenunterhalt rund 3,5 Mio. Franken mehr ausgegeben als budgetiert. Das Investitionsbudget wurde nicht ausgeschöpft, die Nettoinvestitionen liegen rund 33% unter Budget. Der Hauptteil der Minderausgaben liegt beim Bereich der Staatsstrassen (55 Mio. Franken) und der Nationalstrassen (42 Mio. Franken). Es wurden etwa nur 5,7 Mio. Franken für die Vervollständigung des Radwegnetzes ausgegeben. Als Gründe werden die nötige Einarbeitung neuer Mitarbeiter, vor allem aber die Verzögerungen durch Einsparungen bei den nun anstehenden komplexeren Wegabschnitten genannt.

7.2.2.3 Finanzierung öffentlicher Verkehr (5210)

Der Saldo von 220 Mio. Franken resultiert aus einem Aufwand von 241 Mio. Franken und einem Ertrag von 21 Mio. Franken. Die Leistungsgruppe 5210 ist auf die Finanztransaktionen «Beitrag an den ZVV» (158 Mio. Franken) bzw. «Einlage in den Verkehrsfonds» (83 Mio. Franken) beschränkt. Per Jahresende gibt es bei dieser Leistungsgruppe keine Differenz zum Budget, da die Finanzierung des öV mit dem Budget festgelegt und unverändert abgewickelt wird. Die eigentlichen Rechnungsergebnisse entstehen beim ZVV und beim Verkehrsfonds (Investitionen).

7.2.2.4 Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs (5920)

Mit 189 Mio. Franken wurde 2007 dem Fonds der bislang grösste Betrag entnommen – dennoch blieb der Betrag deutlich unter den budgetierten 261 Mio. Franken. Diese Abweichung ist hauptsächlich mit den geringeren Beiträgen an den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse (44 Mio. statt 99 Mio. Franken) zu erklären. Der Baufortschritt läuft nach Plan; die SBB beanspruchten aber bisher keine Vorfinanzierung. Der Fondsbestand betrug am 31. Dezember 452 Mio. Franken.

7.2.2.5 Fonds für den Flughafen (5921)

Der kleinere Aufwand führt zu einem geringeren Übertrag ans AFV. Dank der Einlage von 6,1 Mio. Franken erhöht sich der Fondsbestand auf 238 Mio. Franken. Mit IPSAS wird durch unterschiedliche Bewertung der Aktien im Verwaltungsvermögen eine voraussichtliche Aufwertung um 650 Mio. Franken resultieren. Die stillen Reserven durch nicht realisierbaren

bzw. verwertbaren Aktienkursunterschied belaufen sich auf 839 Mio. Franken. Der Zins der FZAG-Aktien bringt einen Ertrag von 8,7 Mio. Franken. Eine detaillierte Zusammenstellung des Stunden- und Sachaufwandes sowie der Entwicklung des Fondsbestandes und der FZAG-Aktienkurse wurde der zuständigen Subkommission vorgelegt; sie scheint plausibel.

7.2.2.6 Strassenfonds (5922)

Nebst den höheren Einnahmen (8,7 Mio. Franken) von LSVA und der Strassenverkehrsabgaben trugen vor allem die tieferen Kosten von VIS (31,4 Mio.) als auch des Tiefbauamts dazu bei, dass die geplanten Entnahme von rund 21 Mio. Franken nicht vorgenommen werden musste, um die Leistungsgruppen auszugleichen. Aufgrund des Rechnungsergebnisses konnten hingegen rund 32 Mio. Franken in das Bestandeskonto eingelegt werden. Der Fondsbestand betrug per 31. Dezember 2007 102 Mio. Franken.

7.2.2.7 ZVV (9300)

Die Kostenunterdeckung des ZVV für 2007 beläuft sich auf 271 Mio. Franken. Damit schliesst die Rechnung des ZVV um 44 Mio. besser ab als budgetiert (Voranschlag 2007 -316 Mio. Franken). Der Kostendeckungsgrad des ZVV liegt bei 64,3%. Es wurde in allen Bereichen mehr eingenommen und weniger ausgegeben als budgetiert. Erfreulich hat sich der Verkehrsertrag entwickelt. Er stieg um 6,1% auf 385 Mio. Franken. Die Fahrausweisverkäufe stiegen mit 7,3% stärker als die budgetierten 5,7%. Trotz Preiserhöhung gab es kaum Kundenverluste. Die prozentual grössten Abweichungen in der Rechnung gab es bei den Betriebsbeiträgen (+144%) und den Erträgen der Verbundorganisation (Zinserträge +482%). Die Abweichung bei den Betriebsbeiträgen ist auf die private Finanzierung der Verlängerung der Tramlinie 5 bis zum Laubegg zurückzuführen (4,4 statt 1,8 Mio. Franken).

Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt
Der Präsident: Die Sekretärin:
Ruedi Menzi Franziska Gasser

8. Kommission für Planung und Bau

8.1 Allgemeines

Die der Kommission zugewiesenen Ämter der Baudirektion wurden von Subkommissionen geprüft.

Die Erfolgsrechnungen der zugewiesenen Leistungsgruppen schlossen um rund 10,1 Mio. Franken besser ab als budgetiert (Generalsekretariat +1,8 Mio. Franken; Hochbauamt +5,7 Mio. Franken; Immobilienamt +1,1 Mio. Franken; Amt für Raumordnung und Vermessung +1,5 Mio. Franken). Für die Investitionsrechnung ergibt sich eine Abweichung von rund +19,7 Mio. Franken (Generalsekretariat +2,3 Mio. Franken; Hochbauamt +9,9 Mio. Franken; Amt für Raumordnung und Vermessung +0,3 Mio. Franken; Denkmalpflegefonds +3,5 Mio. Franken, Natur- und Heimatschutzfonds +3,7 Mio. Franken).

Die KPB erhielt detaillierte Kenntnis über die Rücklagen und deren Auflösung (vgl. auch unten). Sie empfiehlt die Rücklagen in der beantragten Höhe zu bewilligen.

Übergreifend sind folgende Klärungen erfolgt:

- 1) Die Ämter der Baudirektion verwenden einen Teil der Rücklagen regelmässig zur Verbilligung von ZVV-Abonnementen für Mitarbeitende. Es stellte sich die Frage, ob solch regelmässige Zuwendungen an sich als Lohnbestandteile zu gelten haben. Nach Auskunft des Rechtsdiensts der BD ist der ZVV-BonusPass eine Sondervergütung, die keinen ständigen Charakter hat, da jedes Jahr neu darüber entschieden wird.
- 2) Die KPB interessierte sich für die Zahl der Praktikumsstellen und der Stellen für Lernende in der Baudirektion. Insbesondere in den von der KPB betreuten Amtsstellen scheint die Zahl solcher Stellen im Verhältnis zu den Mitarbeitenden recht gering. Als Grund wurde neben dem hohen Spezialisierungsgrad einzelner Amtsstellen auch auf die unzureichende Betreuungsmöglichkeit infolge der hohen Arbeitsbelastung des knappen Personalbestands verwiesen. Die Baudirektion sieht aber hier, ebenso wie bei der Förderung von familienfreundlichen Teilzeitstellen, Verbesserungspotential; ein entsprechendes Projekt ist aufgelegt.

8.2 Für die einzelnen Positionen ergaben sich zusätzlich folgende Punkte:

8.2.1 Baudirektion

Vorbemerkung: Referenzpunkt für vergleichende Angaben ist stets der VA 07.

8.2.1.1 Generalsekretariat (8000)

Erfolgsrechnung: Beim Ertrag sind die um 0,7 Mio. Franken geringer ausfallenden internen Erträge und die um 0,5 Mio. Franken höheren Erträge des BAKU (Bauverfahren und Koordination Umweltschutz) zu nennen. Bei den Positionen des Aufwands sind ein geringerer Aufwand für Dienstleistungen Dritter (0,9 Mio. Franken: weniger Projekte als budgetiert, keine Totalrevision des PBG), ein geringerer Informatikaufwand der Abteilungen des GS (0,6 Mio. Franken), ein dem geringeren Beschäftigungsumfang entsprechend geringerer Lohnaufwand (0,3 Mio. Franken), ein allgemein geringerer Personalaufwand (0,5 Mio. Franken: Temporärarbeit, Aus- und Weiterbildung, Personalwerbung) als positive Abweichungen, die höhere Weitergabe von Erträgen des BAKU an beteiligte Ämter (0,4 Mio. Franken) als negative Abweichung vom Budget erwähnenswert.

Die Investitionen (Informatik) lagen durch weniger Informatikprojekte um 2,3 Mio. Franken unter dem Budget.

8.2.1.2 Hochbau (8100)

Die Erfolgsrechnung des Hochbauamtes schliesst bei einem Aufwandüberschuss von 23,1 Mio. 5,7 Mio. Franken besser ab, obwohl der Aufwand 2,6 Mio. über dem Budget lag. Die Verbesserung wird grösstenteils durch die Auflösung von Rückstellungen erzielt, wovon der Hauptteil durch den verzögerten Projektierungsfortschritt des PJZ bedingt ist. Der gegenüber dem Budget höhere Aufwand wird mit der erneuten Bildung von Rückstellungen für das PJZ begründet. Diese Rückstellung von 7 Mio. Franken wird im neuen Rechnungsjahr auf das IMA (8700) übertragen. Planungsgelder werden ab 2008 grundsätzlich im Immobilienamt verbucht, bzw. in den Projektabrechnungen aktiviert.

Geringer als budgetiert waren auch die internen Verrechnungen für Informatikkosten, einerseits durch bessere Vertragsabschlüsse in der Informatik, andererseits durch Synergien dank gemeinsamer Informatiklösungen verschiedener Ämter. Beim Personalaufwand ergibt sich eine Aufwandreduktion von 0,5 Mio. bei total 15 Mio. Franken Personalkosten (brutto). Begründet wird die Differenz mit diversen Abgängen, vor allem bei den Kaderstellen. Diese konnten teilweise nicht sofort wieder besetzt werden, da die Rekrutierung angesichts der guten Konjunkturlage und den höheren Löhnen in der Privatwirtschaft schwieriger geworden sei.

Die Investitionsrechnung schliesst mit einem Ausgabenüberschuss von 16,2 Mio. 10 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Die Hauptgründe sind Verzögerungen beim Baubeginn von Projekten infolge von Rekursen, aber auch fehlender Vorgaben von Bundesstellen für das neue Passbüro.

8.2.1.3 Raumordnung und Vermessung (8300)

Erfolgsrechnung: Beim Ertrag sind die Mehreinnahmen in der Vermessung durch erhöhte Nachfrage nach amtlichen Daten (0,3 Mio. Franken) und die Auflösung von Rücklagen (0,2 Mio. Franken) zu nennen. Beim Aufwand gilt es geringere Verrechnungen für die Informatik (0,6 Mio. Franken), tiefere Beraterleistungen infolge Projektverzögerungen (0,3 Mio. Franken; u.a. Raumentwicklung Flugplatzareal Dübendorf), einen geringeren externen Mietaufwand (0,1 Mio. Franken; weniger Fläche und tieferer Preis) sowie die Bildung von Rücklagen (-0,2 Mio. Franken; saldoneutral, vgl. entsprechenden Ertrag) zu nennen.

Investitionsrechnung: Die Investitionsbeiträge des Bundes infolge schnellerem Abschluss von Vermessungswerken von Gemeinden waren 0,2 Mio. Franken höher als budgetiert (saldoneutral, durchlaufende Beträge). Bei den Ausgaben fielen die Investitionen in Mobilien infolge des Umzugs der Denkmalpflege um 0,2 Mio. Franken höher als budgetiert aus, es gab zudem weniger Investitionen in die Datenlogistik und gar keine Investitionen ins Geoinformationssystem (0,5 Mio. Franken).

8.2.1.4 Immobilienamt (8700)

Die Erfolgsrechnung schliesst bei einem Ertrag von 53,7 Mio. und einem Aufwand von -59,6 Mio. mit einem Aufwandüberschuss von 5,9 Mio. um 1,1 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Den leicht höheren Erträgen beim Mobilien infolge Neumöblierung durch Umzugsrochaden in mehreren Direktionen stehen geringere Erträge für kalkulatorische Mieten infolge von Verzögerungen bei Neubauprojekten gegenüber. Beim Aufwand werden die höheren

Mobiliareinkäufe wiederum wettgemacht durch geringere Kapitalfolgekosten infolge geringerer Investitionen und geringerem Personalaufwand. Ausserdem fielen geringere Informatikkosten an, da die Einrichtung eines neuen Liegenschaftenverwaltungsprogramms aufgeschoben worden ist.

Beim Personalaufwand fällt auf, dass von den 122,6 budgetierten Stellen im Durchschnitt nur 105,6 besetzt waren. Der Grund dafür ist die reduzierte Reinigung. Obwohl dort das ursprünglich geplante Outsourcing gestoppt wurde, fallen in diesem Bereich 14,1 Stellen weg, gemäss Aussagen des IMA durch natürliche Abgänge.

8.2.1.5 Natur- und Heimatschutzfonds (8910)

Bei fast allen Positionen gibt es Mehrerträge im Vergleich zum Budget; es geht insbesondere um Vermögenserträge infolge des höheren Fondsbestands, um Entgelte für archäologische Leistungen und höhere Rückerstattungen von Bund und Gemeinden. Der Unterhalt Archäologie, Denkmalpflege, Liegenschaften schlägt beim Aufwand höher zu Buche als budgetiert. Bei den Abschreibungen und eigenen Beiträgen gibt es eine Verbesserung um 0,52 Mio. Franken, bei den internen Verrechnungen durch mehr Bundessubventionen eine solche um 1,2 Mio. Franken. Der Ertragsüberschuss von 4,2 Mio. Franken wird in den Fonds eingelegt. Der Fondsbestand belief sich per 31.12.2007 auf 12,1 Mio. Franken.

8.2.1.5 Denkmalpflegefonds (8940)

Die Ertragspositionen sind alle besser als budgetiert, dasselbe gilt für die Aufwandpositionen. Es gab weniger Gesuche. Der Ertrag des Fonds setzt sich aus Zinsen des Fondsbestands und den einflussenden Lotteriegeldern zusammen. Der Fondsbestand belief sich per 31.12.2007 auf 58,4 Mio. Franken.

Kommission für Planung und Bau
Der Präsident: Die Sekretärin:
Thomas Hardegger Franziska Gasser